

Protokoll über die Sitzung Nr. 9/2024 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 17. Juni 2024, um 14:00 Uhr im VHS Saal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Vertreterin Anja Mandt

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Vertreter Olaf Fischer

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Vertreter Michael von den Berg

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Martin Burkhart

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

als Gäste

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 3.1 | Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2023 (Kernverwaltung) | 169/2024 |
| 3.2 | Nachbewilligung zum Haushalt 2024 | 168/2024 |
| 3.3 | Verkauf eines Grundstücks im Bereich Heppenser Groden Mitte – B-Plan Nr. 177 (2. Änderung) | 154/2024 |
| 3.4 | Ebertstr. 96, Herrichtung als Erweiterung für die neue Grundschule durch einen privaten Investor | 159/2024 |
| 3.5 | Ausschreibung Grenzstr. 24 (Jadezentrum) und Gerichtsstr. 5 – 9 (PiZ) | 170/2024 |
| 3.6 | Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung eines touristischen Campingplatzes am Banter See | 522/2024 |
| 3.7 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Modernisierung Radwege-Infrastruktur am Ems-Jade-Kanal | 541/2024 |
| 3.8 | Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Übernahme von Baumpatenschaften | 177/2024 |
| 3.9 | 12. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven | 116/2024 |
| 3.10 | Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29 | 181/2024 |
| 4 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 4.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 175/2024 |
| 5 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 5.1 | Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen | |
| 5.2 | Haushaltsbericht zum 30.04.2024 | |
| 5.3 | Budget- und Produktberichte zum 30.04.2024 - Teilhaushalte 103, 113, 420, KS und AF | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Mandt, Herr Fischer und Herr von den Berg gaben bekannt, dass sie in Vertretung an der Sitzung teilnehmen werden.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2023 (Kernverwaltung) **169/2024**

Herr Müller führte in die Beschlussvorlage ein und erläuterte das vorläufige Jahresergebnis. Der Jahresabschluss werde jetzt vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und wird voraussichtlich im vierten Quartal zum Beschluss vorgelegt.

Herr Stoffers hob hervor, dass die gestiegenen Transferaufwendungen erheblich zu dem schlechten Ergebnis beigetragen haben. Er fragte, woher der Anstieg komme und ob weiterhin mit Erhöhungen zu rechnen sei.

Herr Bruns und **Herr Schönfelder** antworteten, dass die Fallzahlen angestiegen und auch einzelnen Hilfen teurer geworden seien. Zu den Transferaufwendungen gehören nicht nur Fälle des Fachbereiches Soziales, sondern auch Fälle des Jugendamtes.

Herr Schön erkundigte sich nach der zukünftigen Entwicklung und fragte, ob Wilhelmshaven sich bei diesem Hintergrund eine neue Stadthalle und den Verkauf der alten Stadthalle unter Verkehrswert leisten könne.

Herr Bruns erklärte, dass der beschlossene Haushaltsplan einen weiteren Anstieg des Defizites vorsieht. Es sei schwierig diese Situation mit Einzelmaßnahmen in Verbindung zu bringen. Die Stadt müsste das gesamte Investitionsvolumen stemmen und durch Investitionen entstehende Folgekosten müssten an anderer Stelle eingespart werden. Der Verkauf von Immobilien, die nicht mehr benötigt werden, aber weiter laufende Kosten verursachen, sei natürlich sinnvoll. Beim Verkaufspreis müsse man auch die Marktlage berücksichtigen.

Herr Brandt fragte was hinter den anderen Rückstellungen in Höhe von 8 Mio. € steckt.

Herr Müller entgegnete, dass dies überwiegend zurückgestellte Zuschüsse ans Klinikum seien.

Herr Block hinterfragte, was passiert, wenn das Eigenkapital aufgebraucht sei. Außerdem wollte er wissen, ob für den städtischen Eigenanteil am Klinikneubau Rücklagen gebildet worden seien.

Herr Bruns berichtete, dass die aktuelle Haushaltsplanung am Ende der mittelfristigen Planung noch ein geringes positives Eigenkapital aufweist. Eigenkapital sei eines der Kriterien für die dauernde Leistungsfähigkeit. Fehlendes Eigenkapital habe unter anderem Auswirkungen auf die Zinshöhe. Für die Mittel zum Klinikneubau seien keine Rücklagen gebildet worden.

Herr Walpurgis fragte, ob Steuererhöhungen, der Wegfall von freiwilligen Leistungen oder der Einsatz eines Sparkommissars geplant seien.

Herr Bruns und **Herr Oberbürgermeister Feist** betonten, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt um den Jahresabschluss 2023 gehe. Dieser habe zunächst keine Auswirkung auf die Konsolidierung eines nächsten Haushaltsplanes. Aktuell befinde sich die Verwaltung in Budgetgesprächen und alle drei genannten Punkte seien derzeit kein Thema. Es sei wichtig, öffentliche Spekulationen und voreilige Maßnahmendiskussionen zu vermeiden.

Herr Fischer äußerte seine Hoffnung, dass durch diverse Ansiedlungen von Unternehmen die finanzielle Situation langfristig verbessert wird.

Herr Becker zeigte sich erschrocken über die genannten Zahlen und kritisierte die fehlende Unterstützung von Land und Bund.

Herr von den Berg und **Herr Block** erklärten, dass eine Analyse des Jahresabschlusses erforderlich sei. **Herr von den Berg** hob hervor, dass unter diesem Tagesordnungspunkt keine Haushaltsplandiskussion stattfinden sollte.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2023 zur Kenntnis.

3.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2024

168/2024

Herr Oberbürgermeister Feist leitete in die Beschlussvorlage ein und begründeten die notwendige Nachbewilligung.

Herr Schaar zeigte sich erfreut über die Ansiedlung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunal-verfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 25.000,00 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024.

3.3 Verkauf eines Grundstücks im Bereich Heppenser Groden Mitte – B-Plan Nr. 177 (2. Änderung)

154/2024

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Verkauf des Grundstücks (Gemarkung Rüstringen, Flur 33, Flurstücke 17/23 und 17/22) mit einer Gesamtfläche von 8.043 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 18,00 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 144.774,00 € an die Nietiedt Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, zum Ölhafen 6 in 26384 Wilhelmshaven zu.

3.4 Ebertstr. 96, Herrichtung als Erweiterung für die neue Grundschule durch einen privaten Investor **159/2024**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Verkauf der Ebertstr. 96 zum Zweck der Erweiterung der Grundschule Rheinstraße unter der Voraussetzung zu, dass ein privater Investor die Maßnahme aufgrund steuerlicher Vorteile günstiger umsetzen kann, als die Stadt Wilhelmshaven dies durch GGS kann. Die konkrete Zustimmung erfolgt im Rahmen einer (nichtöffentlichen) Vergabe.

Hiermit stimmt der Rat auch dem daraus resultierenden kreditähnlichen Rechtsgeschäft zu, dass von der Kommunalaufsicht zu genehmigen ist.

3.5 Ausschreibung Grenzstr. 24 (Jadezentrum) und Gerichtsstr. 5 – 9 (PiZ) **170/2024**

Herr Oberbürgermeister Feist kündigte einen Änderungsantrag für den Verwaltungsausschuss und Rat an. Da er kein Mitglied des Ausschusses ist, könne er den Änderungsantrag in dieser Sitzung nicht einbringen, der Änderungsantrag sei jedoch schon den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden.

Herr Schön erklärte, dass bereits mit der Beschlussvorlage Nr. 221/2023 die Ausschreibung mit einem Bestgebotsverfahren beschlossen worden sei. Außerdem habe sich damals der Rat die Vorstellung eines Nutzungskonzeptes vorbehalten und eine vorherige Bonitätsprüfung des Bieters festgelegt. In der ursprünglichen Beschlussvorlage von GGS wird ein Höchstgebotsverfahren vorgeschlagen. Der angekündigte Änderungsantrag von der Verwaltung sieht wieder ein Bestgebotsverfahren und die Konzeptvorstellung vor. Dies würde von der SPD-Fraktion begrüßt werden, man sei jedoch nicht mit der Höhe des Mindestgebotes einverstanden, da dies unter dem Verkehrswert liegt. Aus diesem Grund könne die SPD-Fraktion den Änderungsantrag nicht unterstützen.

Herr Marušić erklärte, dass eine Ausschreibung gemäß der Beschlussvorlage Nr. 221/2023 erfolgt sei, man darauf aber kein Angebot erhalten habe. Die Höhe des Mindestgebotes sei nun auf den Buchwert herabgesetzt worden.

Frau Mandt teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag folgen werde. Die jährlichen laufenden Verluste des Gebäudes seien nicht weiter tragbar.

Herr Fischer, Herr Tönjes und Herr von den Berg sprachen sich ebenfalls für den Änderungsantrag aus.

Frau Heide sagte, dass es Aufgabe der Verwaltung beziehungsweise des Rates sei, sich ein Konzept für die Entwicklung der Innenstadt zu überlegen. Man sollte sich Gedanken machen, was man auf dem Grundstück überhaupt möchte.

Herr Oberbürgermeister Feist bat um Zustimmung und begründete dies.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt,
dass die Objekte Grenzstr. 24 Jadezentrum und die Gerichtsstr. 5 – 9 Parkhaus im Zentrum (PiZ) zum Verkauf im Rahmen eines Höchstgebotsverfahrens angeboten werden. Die Objektbeschreibung entspricht der zu der Vorlage 221/2023 vorgestellten. Die Nennung eines Mindestgebots entfällt.

3.6 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung eines touristischen Campingplatzes am Banter See **522/2024**

Herr Fischer brachte den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Frau Mandt brachte für die CDU-Fraktion ebenfalls einen Änderungsantrag ein. Demnach soll der Originalantrag um den Punkt „Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzung des „Banter Fischerdorf“ Winterlagers als Wohnmobilstellplatz während der Sommermonate zu prüfen“ ergänzt werden.

Frau Mandt wies außerdem darauf hin, dass der Antrag teilweise in die Zuständigkeit der Stadtwerke fällt.

Herr Marušić und Herr Schönfelder stimmten Frau Mandt zu und erklärten, dass der Rat die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke anweisen müsse.

Herr Schön bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW und betonte, dass die Beteiligung der Umweltverbände explizit benannt wird.

Herr von den Berg erläuterte, dass er den Antrag zwiegespalten sehe. Es sei für die touristische Entwicklung gut, aber aus umwelttechnischen Gründen sei die Fläche kritisch. Er erhoffe sich Klarheit durch die beantragten Prüfungen und habe Sympathie für den Änderungsantrag. Er kündigte an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da innerhalb der Gruppe noch nicht beraten worden sei.

Herr Stoffers beantragte getrennte Abstimmung und sagte, dass die Thematik in der Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke besprochen werden könne.

Es wurde über die einzelnen Absätze des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW abgestimmt.

Absatz 1:

Dem Absatz 1 wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Absatz 2:

Dem Absatz 2 wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Absatz 3:

Dem Absatz 3 wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Absatz 4:

Dem Absatz 4 wurde mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Im Anschluss wurde über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Abschließend wurde dem geänderten Antrag mit 7 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt,

~~Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für einen touristischen Campingplatz gemäß Standortuntersuchung am Südufer des Banter See (WHV; 001; 98/21) zu schaffen und dabei eine eventuell notwendige Verkleinerung der Sandmagerrasenfläche umfangreich zu kompensieren.~~

Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzung des „Banter Fischerdorf“ Winterlagers als Wohnmobilstellplatz während der Sommermonate zu prüfen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für einen touristischen Campingplatz gemäß des vom Rat im Jahr 2019 beschlossenen Tourismuskonzept und der aktuellen Standortuntersuchung am Südostufer des Banter See zu schaffen.

Die mit der Planung eines Campingplatzes verbundenen Umweltauswirkungen sollen vorab beschrieben und bewertet werden. Die dafür notwendigen Grundlagen werden vorab kartiert und erfasst. Auf dieser Grundlage erfolgt eine spezielle

artenschutzrechtliche Prüfung. Mit den Ergebnissen wird eine frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, insbesondere der Umweltverbände, durchgeführt.

Die Verwaltung wird aufgefordert den Ratsbeschluss vom 30.11.22 (Fortschreibung des Banter See Konzepts laut Vorlagen 573/2022 und 178/2017 mit den beschlossenen Änderungsanträgen) unverzüglich umzusetzen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt im Sinne des einstimmigen Ratsbeschlusses zur Vorlage 521/2024 einen Reisemobilstellplatz am Freibad Nord vorzusehen und zu realisieren.

3.7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Modernisierung Radwege-Infrastruktur am Ems-Jade-Kanal **541/2024**

Herr Schaar brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Fischer erklärte, dass seine Gruppe grundsätzliche einige der Ideen begrüßen würde, hielt aber die Beratungen in anderen Fachausschüssen für erforderlich. Er stellte daher einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse.

Herr Schön sprach sich ebenfalls für eine Verweisung aus.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

1. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen sowie der touristischen Infrastruktur und zum Ausbau des Radwegenetzes für den Nah- und Fernbereich zwischen (und auf den Flächen von) Friesland und Wilhelmshaven soll geprüft werden, wie Strecke am Ems-Jade-Kanal mit einem modernen, zeitgemäßen Fahrradweg ausgestattet, ergänzt oder umgestaltet werden kann. Damit soll ein optimiertes Angebot für Pendler*innen, dem Gelegenheitsradverkehr sowie für die Förderung des Fahrradtourismus erreicht werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt mit dem Landkreis Friesland sowie der NLWKN aufzunehmen, um eine möglichst gemeinsame bzw. den Gegebenheiten angemessene Beschlussvorlage zu erarbeiten, die die Strecke Kaiser-Wilhelm-Brücke - Handelshafen - Schleuse Mariensiel - Sande/Krankenhaus Sanderbusch - Dykhausen zur Schaffung eines ausgebauten verbundenen Radweges berücksichtigt.

3. Des Weiteren wird die Verwaltung in Abstimmung und Kooperation mit dem LK Friesland gebeten, sich mit den Landkreisen Wittmund und Aurich ins Benehmen zu setzen, ob und wie das Vorhaben in Zuständigkeit und eigener Verantwortung der zuständigen Gebietskörperschaften von und nach Aurich weiter modernisiert werden könnte, um die Strecke ebenfalls zu einem Fernradweg (insbesondere in Hinblick auf den Wirtschaftszweig Tourismus und das Zusammenwachsen der Region) ausgebaut werden könnte.
4. Zur Finanzierung des Vorhabens soll zudem geprüft werden, welche Fördermöglichkeiten dafür aus Bundes- und Landesmitteln sowie aus dem Kohlestrukturhilfen (siehe Gegenstand der Förderung 2.1. sowie 2.1.2. Verkehr, 2.1.4. Stadt- und Regionalentwicklung und 2.1.6. touristische Infrastruktur) zur Verfügung stehen.
5. Geprüft werden soll unter Einbeziehung der WTF und der Wirtschaftsförderung zudem, ob in diesem Vorhaben eine Einbeziehung und Ergänzung der Fährverbindung Wilhelmshaven - Eckwarderhörne - Dangast für touristische Aspekte sowie für den Pendlerverkehr, auch durch eine Ganzjahresverbindung (evt. mit autonom fahrenden) Fähren umsetzbar ist.
6. Dem Rat der Stadt ist spätestens in zwölf Monaten zu berichten.

3.8 Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Übernahme von Baumpatenschaften **177/2024**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die grundsätzliche Annahme von Spenden durch den Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven für die Übernahme von Baumpatenschaften.

3.9 12. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven **116/2024**

Frau Heide betonte, wie gut es sei, dass es nun eine zentrale Regelung für die Anmeldung zu den Betreuungsplätzen gebe. Dadurch habe man das erste Mal verlässliche Zahlen zu den Bedarfen. Sie berichtete von dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die angestrebte Versorgungsquote im Bereich der 1- bis 3Jährigen wird entsprechend der Bedarfserhebung auf 48 % angepasst. Für die ü3Jährigen wird weiterhin eine Versorgung von 100 % angestrebt.
2. Die 12. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird in anliegender Fassung beschlossen.

3.10 Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29

181/2024

Frau Mandt stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Betriebsausschuss GGS, da noch inhaltliche Fragen unbeantwortet seien und die genannte Summe ein hoher Betrag aus der Bauunterhaltung sei. Sie berichtet von bisherigen Kommunikationsproblemen bei diesem Sachverhalt.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Betriebsausschuss GGS wurde mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

1. Als Ausgleich für die höheren Aufwendungen zur Errichtung der Ausweichspielstätte „Provisorium 29“ wird der Zahlung eines Betrages in Höhe von 45.452,81 € an die Landesbühne Niedersachsen (LBNN) zugestimmt
2. Mit dieser Zahlung sind alle weiteren Zahlungsansprüche der LBNN gegenüber der Stadt abgegolten
3. Die Zahlung des Ausgleichsbetrages wird Zug um Zug mit den noch ausstehenden Mietzahlungen der LBNN an die Stadt fällig
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zahlung des Ausgleichsbetrages im Wirtschaftsplan von GGS und im Haushalt der Stadt eine entsprechende Deckung zu schaffen

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA

175/2024

Herr Heinemann bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Jutta & Irina Wiezorrek Kirchreihe 9 26384 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
2. Frau Birgit Holtz Auf der Wiesbadenbrücke 8 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
3. Frau Helga Welsch Edo-Wiemken-Str. 8 b 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
4. Herr Ewald Arends Humboldttring 22 26384 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
5. Herr Walter Seyfried Störtebekerstraße 5 a 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
6. Regina & Ingo Gabriel- Botterbrodt Rheinstraße 89 a 26382 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
7. Herr Uwe Bachmann Lübecker Str. 14 26382 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft
8. Frau Bettina Müller Friedenstraße 40 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Baumpatenschaft

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller stellte in einem Vortrag die Stände der kommunalen Steuern, der Liquiditätskredite und der Investitionskredite vor.

Herr Heinemann erkundigte sich, wann die neuen Bescheide zur Grundsteuer verschickt werden.

Herr Müller antwortete, dass die Produktion im Dezember startet und der Versand im Januar erfolgen soll. Aktuell sei der Terminplan nicht gefährdet, auch wenn die Fehlerquote sehr hoch sei und alle Fälle seitens des Fachbereiches Finanzen geprüft werden.

Herr Tönjes fragte, ob bei der Vergnügungssteuer eine Verhaltensänderung der Konsumenten zu erkennen sei.

Herr Müller erklärte, dass Abwanderungstendenzen zum online Glücksspiel spürbar seien. Mittlerweile stabilisiere sich die Höhe der Vergnügungssteuer jedoch wieder.

Herr Schön bat um eine Übersicht, wie sich die Gewerbesteuer zusammensetzt, zum Beispiel nach Branchen. Er möchte so erkennen, ob der Jade-Weser-Port Gewerbesteuer einbringe und auch die Ergebnisse der Wirtschaftsförderung prüfen.

Herr Müller wies auf das Steuergeheimnis hin, sagte aber zu, dass er prüfen werde, welche Infos er dem Rat zur Verfügung stellen könne.

Herr Müller informierte darüber, dass die Gewerbesteuer aus Sicht der Stadt Wilhelmshaven oft nicht gerecht verteilt werde, da diese sich danach richtet, wie hoch die Lohnzahlungen des Unternehmens an dem jeweiligen Ort sind. Dadurch gebe es zum Beispiel keine Abgabe für Durchleitungen. Dies habe man mehrmals beim Land thematisiert, aktuell arbeite das Land an einem neuen Gesetz diesbezüglich.

Herr Becker und **Frau Mandt** merkten an, dass es nicht sein könne, dass Wilhelmshaven viel gibt, aber nichts erhält. Dieser Fakt müsse zukünftige Entscheidungen beeinflussen.

Herr Müller fuhr in seinem Vortrag fort und erklärte die Akzeptanzabgabe.

Anschließend berichtete er von der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH. Dabei erläuterte er den Sachstand zum Wirtschaftsplan 2024 und zu der Satzung.

Herr Müller stellte vor, welche Prämissen der Fachbereich Finanzen für die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung annehmen würde, da der Beschluss nicht eindeutig gewesen sei. Er bat die Ausschussmitglieder diese Infos mit in die Fraktionen zu nehmen und darüber zu beraten.

Die **Herren Block, Bulla, Heinemann, Tönjes** und **Schaar** gaben die direkte Rückmeldung, dass die Prämissen dem Wunsch der Fraktionen entsprechen.

Herr Müller informierte, dass die neue Satzung erstellt und nach der Sommerpause eingebracht wird. Bei der Gesellschafterversammlung müsse dann ein Notar dabei sein, danach könne die Eintragung im Handelsregister erfolgen, womit die Satzung rechtswirksam wird.

5.2 Haushaltsbericht zum 30.04.2024

Herr Müller trug den Haushaltsbericht zum 30.04.2024 vor.

5.3 Budget- und Produktberichte zum 30.04.2024 - Teilhaushalte 103, 113, 420, KS und AF

Herr Müller stellte die Budget- und Produktberichte der Teilhaushalte Finanzen, Konzern Stadt und Allgemeine Finanzen vor.

Frau Mandt fragte, woher die Einsparungen bei den Personalkosten stammen.

Herr Müller antwortete, dass aktuell mehrere Stellen im Fachbereich Finanzen unbesetzt seien.

Herr Heinemann erkundigte sich, wieso wir weniger von der Einkommensteuer erhalten, aktuell seien die Löhne in Deutschland eher gestiegen.

Herr Müller und **Herr Bruns** erklärten, dass die Gesamtsumme nicht gesunken sei, aber der Anteil für Wilhelmshaven. Sie erläuterten, dass die Höhe unseres Anteils von vielen verschiedenen Faktoren abhängig sei.

Auf Nachfragen von **Herrn Block** und **Herrn Fischer** erläuterten **Herr Müller** und **Herr Bruns**, dass für die Berechnung der Wohnort und nicht der Beschäftigungsort relevant sei. Die Arbeitsgruppe zur Verteilung des Finanzausgleiches sei noch aktiv, allerdings gehe es dort eher um die Soziallasten. Die Kosten des Jugendamtes sind weiterhin außen vor.

Herr Schön bat darum, dass man zur nächsten Sitzung die zuständigen Mitglieder des Bundes- und Landtages einlädt.

Es wurde kurz gesammelt, welche Themen in dieser Sitzung angesprochen werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Feist fasste zusammen, dass mit den Gästen die Themen Entlastung Kommunen, Auswirkung auf die Kommunen durch Gesetzgebung Bund/Land, Krankenhaus und Energiewende besprochen werden sollen.

Frau Muth berichtete über das Budget des Fachbereiches 13 und fasste zusammen, dass kein Gegensteuerungsbedarf bestehe.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:09 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin